

## „Schaffen wir das?“ Was ist eigentlich dieses *das*?



Im Kommentarbereich eines politischen Blogs des österreichischen Journalisten und Sachbuchautoren Robert Misik hadert der Nutzer Albin Schmid damit, Misiks Optimismus, den dieser mit seinem Text „Schaffen wir das?“ angesichts der inhärenten Chancen der Flüchtlingssituation verbreitet habe, nicht teilen zu können und er stellt in diesem Zusammenhang die Frage, was dieses „das“ eigentlich sei, ob es dieses „das“ eigentlich allgemein definiert gäbe. Er fragt, wie er denn aussehen könnte, der „kleinste gemeinsame Nenner zwischen Zweiflern und Protagonisten“. Eine interessante Frage und überhaupt muss an dieser Stelle einmal konstatiert werden, dass die Gesellschaft, deren Zeitgeist so verpestet scheint, hinsichtlich der Fragen, die ihre Mitglieder stellen, gar nicht so zerrissen ist, nur kommt es dann eben darauf an, zu welchen Antworten man gelangt.

Gemeinhin richtet sich die Frage, ob wir *das* schaffen oder nicht, auf den Umstand der zweifelsohne großen Zahl an Zuwanderern. Können wir diese logistisch bewältigen, gelingt die Verteilung, die Integration, die Übernahme und Internalisierung bestehender Werte, Normen und Gesetze der so genannten Mehrheitsgesellschaft und, diese Frage treibt die „kleinen Menschen“ bis in die bürgerliche Mitte um, wird es nicht unweigerlich zu einem Konkurrenzkampf um die bestehenden knappen Ressourcen kommen? Bezahlbarer Wohnraum ist rar, monetäre Mittel für Sozialleistungen, Betreuung,

Grundsicherung und Arbeitsplätze nicht im Überfluss vorhanden. Der Deutsche, seinem Wesen nach ein eher existentiell verängstigter Besitzstandswahrer, macht sich Sorgen um seinen relativen Wohlstand; diese Ängste sind verständlich, doch auch begründet?

Kommen wir mal zu Robert Misiks Thesen. Misik vermerkt, dass die augenblickliche, oder sagen wir besser mittelfristige Flüchtlingssituation jetzt schon Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen habe, was bedeute, dass sie bereits jetzt für Tausende Menschen, die nun Jobs gefunden haben, ökonomisch nützlich gewesen sei. Empfangene Geldmittel fließen an den Supermarktkassen direkt wieder zurück in den Wirtschaftskreislauf, Hilfsorganisationen suchen Angestellte, Bauunternehmen Mitarbeiter, Sozialarbeiter werden als Betreuungskräfte gesucht, Pädagogen und Lehrer werden für den Spracherwerb benötigt und rutschen in eigentlich angespannten Zeiten wieder rein ins System, auch dann, wenn es erst einmal „nur“ die Volkshochschule ist.

Misik schlussfolgert aufgrund ähnlicher Beobachtungen, dass das, was gemeinhin als Flüchtlings-Krise bezeichnet wird, im „Aggregat“, wie die Ökonomen das volkswirtschaftliche Ganze bezeichnen, die ökonomischen Aktivitäten zweifelsohne stimuliere.

Der Kampf um die Ressourcen jener, die nicht mehr mithalten können, erscheint so als ein publizistisches Konstrukt, eine boulevardeske Mär, katalysiert und erigiert im nicht enden wollenden hysterisierten öffentlichen Gezänk, im politischen Meinungsbildungsprozess genährt durch kühne Steilvorlagen populistischer Akteure, deren Mahnung, hier gehe es auch um die Zukunft unserer abendländischen Kultur, einmal ausgeblendet bleiben soll.

Die Gruppe der syrischen Einwanderer ist Erhebungen zufolge eine vergleichsweise gut qualifizierte, im Durchschnitt, so zeigt eine österreichische Studie, die Misik anführt, besser qualifiziert als die eigene Bevölkerung; die sprachlichen Kompetenzen zunächst einmal vernachlässigend. Dass dies für die Sicherung unserer Sozialsysteme und für die Überwindung der demographischen Falle eine einmalige Chance ist, ist hinlegend diskutiert, doch wie begegnet man der Sorge, dass jene, die da kommen und die nicht so gut qualifiziert sind, zusammen mit den Bedürftigen, die schon da sind, an diesem einen Trog des Vorhandenen naschen werden, dass sie Transferleistungen bedürfen,

Geld- und Sachmittel, die dann in Gänze eben weniger werden? Kommt es hier dann nicht eben doch zu einer Konkurrenz, die es ohne die Geflohenen nicht gegebenen hätte, um mal die Position der Bedenkenträger prominent zu machen?

Was diese Sachlage betrifft, so spricht Misik von einem Paradoxon. Seiner Meinung nach sei es für die Frage, ob die Flüchtlingssituation zu einer Konkurrenz um knappe ökonomische Ressourcen führe oder gar umgekehrt zu einem Impuls für mehr Wachstum an wirtschaftlichen Möglichkeiten, nämlich völlig unerheblich, wie viele Flüchtlinge noch kämen; es hänge nicht an der Zahl der Flüchtlinge, sondern vielmehr an den konkreten Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die letztlich betrieben werde.

Gewiss, hier muss man insistieren, dass es wohl für jedes System eine Kapazität gibt, eine Grenze, ab der eine positive Dynamik sich ins Gegenteil verkehrt. Darüber kann man sich streiten, doch folgt man etwa der Einschätzung eines Peter Sloterdijks, der in einem in CICERO abgedruckten Interview „Das kann nicht gut gehen“ davon sprach, dass im Gürtel zwischen Marokko und Indonesien derzeit 1,5 Milliarden Menschen leben, von denen jüngsten Erhebungen zufolge und seiner Meinung nach über kurz oder lang ein Drittel nach Europa oder in die USA auswandern wollten, so kann man schon ins Grübeln darüber kommen, wie man dieses *das* schaffen will. Andererseits, wem nützt ein Greinen? Mitunter muss man das, was an Entwicklung gegenwärtig passiert, einfach akzeptieren und gestalten. Yannis Varoufakis bekannte sich dazu in einer Rede zum Kongress zur Gründung des „Democracy in Movement 2025 (DiEM25)“, einer Bewegung, die das ehrgeizige Ziel verfolgt, die Demokratiedefizite in Europa durch radikale Umgestaltung auf allen Ebenen in Angriff zu nehmen. Er sagte in apodiktischer Schärfe „Jahrhunderte lang haben wir Europäer die Welt besiedelt, wir haben kolonialisiert, wir haben Völker ausgerottet und wir haben quasi die Welt übernommen. Aber wissen Sie was? Die Demographie hat sich verändert. Und Europa wird jetzt zurückbesiedelt von Nicht-Europäern. Wir sollten uns damit abfinden!“ Nun, ein kleiner Einschub, zurück zur Wirtschaftspolitik.

Hier gibt es viele Stellschrauben, doch kann es bei deren Handhabung, d.h. der Ausgestaltung von Wirtschaftspolitik, nicht immer und immer wieder darum gehen, wie man die sozialen Notwendigkeiten mit noch weniger Mitteln bestreitet. Statt Sozialsysteme kaputtzusparen, so Misik, „bräuchte es eine verstärkte Beteiligung der Vermögenden. Also Vermögens- und Erbschaftssteuern, einen Kampf gegen die

Steuerflucht in Europa, eine faire Besteuerung multinationaler Unternehmen. Oder zumindest eine Solidarabgabe, bei der die Vermögenden mehr bezahlen. [...] Mit diesen frei gewordenen Mitteln könnte man Investitionen finanzieren, die dann eben auch eine schlappe Binnennachfrage stimulieren. Letztendlich ist das alles also eine politische Frage.“

Ich denke, es ist nicht zu abwegig, dass der in Studien belegte Umstand, dass die in Krisenzeiten gestiegene gefühlte soziale Unsicherheit und die damit verbundene gefühlte, aber zumeist nicht vorhandene persönliche existentielle Bedrohung stets auf eine noch schwächere Gruppe projiziert wird anstatt auf die Gruppe der Besitzenden, die Teil einer Lösung sein könnten, von eben diesen Besitzenden durchaus nicht unerwünscht ist. Wer weiß, vielleicht wird das Ressentiment auf der Ebene lobbyistischer Arbeit gezielt ins Spiel gebracht. Doch dies nur als Randnotiz. Gesichert ist, dass das von Wissenschaftlern benannte Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das zudem darauf verweist, dass Menschen mit Ressentiments verschiedenste Minderheitengruppen aufs Korn nehmen, den sozialen Putz zerbröseln lässt. So kommt es zu einem weiteren Paradoxon, dass ausgerechnet in Zeiten, in denen wir uns politisieren und an einem Strang ziehen sollten, der soziale Zusammenhalt und der Willen zur politischen Partizipation schwindet, während gleichsam die Stimmen der Populisten immer eindringlicher zu vernehmen sind, obgleich sie keine Lösungen offerieren, nur weitere Zersetzung.

Das ist im Kontext des „schaffen wir das?“ vielleicht die größte Herausforderung, sich in Punkto „wir sind das Volk!“ nicht die Deutungshoheit nehmen zu lassen. Die, die am Status Quo sägen, sind stets die, die lauter sind, wer würde schon für die Politik Angela Merkels demonstrieren gehen; soweit muss es wirklich nicht kommen, doch die schweigende Mehrheit der Anständigen muss aufpassen, dass sich nicht der Rechtspopulismus dazu emporschwingt, Antworten auf die Fragen zu finden, die alle umtreiben. Können wir dagegen halten, schaffen wir *das*?

Vermutlich doch.